

# Neuer Anlauf für eine «Stiftung Zukunft Zürich»

## Hauchdünne Unterstützung für SP-Vorstoss

117. Sitzung, Montag, 12. September, 9 Uhr 15.

Vorsitz: *Präsident Hans Peter Frei* (svp., Embrach), im zweiten Teil der Sitzung *Vizepräsident Hartmuth Attenhofer* (sp., Zürich).

### Keine vermögensabhängige Einbürgerung

*fur.* In einer Einzelinitiative fordert der Stimmbürger *Walter Spengler* (Zürich), dass Ausländerinnen und Ausländer nur dann das Gemeindebürgerrecht erhalten sollen, wenn sie über ein Vermögen verfügen, das ihrem Jahreseinkommen im Jahr der Gesuchstellung entspricht, jedoch mindest 60 000 Franken beträgt. Der Einzelinitiant vermutet in der Begründung seines Begehrens, dass die meisten Ausländer, die sich einbürgern lassen wollen, weder über ein wesentliches Vermögen noch über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügen. Weil die Arbeitsstellen mit tiefen Anforderungen in den nächsten Jahren laut Initiant zurückgehen sollen, würden diese eingebürgerten Personen der Fürsorge zur Last fallen und müssten womöglich für den Rest ihres Lebens unterstützt werden. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Hartmuth Attenhofer* (sp., Zürich) beantragt namens der Geschäftsleitung, die Initiative für ungültig zu erklären. Die Initiative verstösst gegen das Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung, wonach niemand nach einem wirtschaftlichen Kriterium schlechter gestellt werden darf. Die Forderung würde jene Gruppe von einem Verfahren ausschliessen, die kein Vermögen hat. Die Initiative verstösst auch gegen die neue Kantonsverfassung, weil sie mit einer dort festgeschriebenen Norm zur Einbürgerung kollidiert. Laut Verfassung ist für die Einbürgerung ein Einkommen nötig, nicht aber ein Vermögen. Für die Begründung der Einzelinitiative wurde ein rechtliches Gutachten beigezogen. Dem Einzelinitianten wurde empfohlen, sein Begehren zurückzuziehen. Dieser beharrte aber auf seiner Initiative. *Alfred Heer* (svp., Zürich) hat den Amtsschimmel wiehern hören und findet es fraglich, dass ein Einzelinitiant durch ein Dekret der Justizdirektion bevormundet wird. Im Zweifelsfall sind wir für die Demokratie und gegen die Ungültigkeitserklärung. Inhaltlich sind wir aber gegen die Initiative. Für *Matthias Gfeller* (gp., Winterthur) kann es nicht sein, dass Leute mit ihrem Vermögen dafür einstehen müssen, ob sie Schweizer werden wollen.

Für die Ungültigkeitserklärung ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder nötig. In diesem Fall sind das 109 Stimmen. Auf die Ungültigkeitserklärung entfallen 108 Stimmen. Die Initiative ist damit gültig. In der folgenden Abstimmung über eine vorläufige Unterstützung entfällt 1 Stimme auf die Unterstützung. Nötig sind 60 Stimmen. Das Geschäft ist damit erledigt.

### Rückendeckung für Gerichtspräsident

In einer Einzelinitiative verlangt der Stimmbürger *Alexander Baxant* (Fahrweid), dass der Präsident des Mietgerichts, Bruno Hediger, durch einen bürgerlichen Mehrfamilienhausbesitzer abgelöst sei. Der Einzelinitiant begründet seinen Vorstoss damit, dass Hediger selbst Mieter sei und von der linksstehenden EVP aufgestellt worden sei. Unter dessen Führung ist das Mietgericht laut dem Initianten zu einer «primitiven Umverteilungszentrale» geworden. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Hartmuth Attenhofer* (sp., Zürich) beantragt namens der Geschäftsleitung, die Initiative für ungültig zu erklären. Sie verstösst gegen das Gesetz über die politischen Rechte. Die Abwahl einer Magistratsperson ist mit einer Einzelinitiative nicht möglich. Zudem greift das Begehren in die Organisationsfreiheit des Gerichts ein. Dem Einzelinitianten wurde der Antrag auf Ungültigkeitserklärung mitgeteilt. Dieser verzichtet auf einen Rück-

zug der Einzelinitiative. *Gerhard Fischer* (evp., Bäretswil) kritisiert, dass die Einzelinitiative mit Nennung des Namens des Richters in den Rat und somit an die Öffentlichkeit gekommen ist. Wir erwarten einen besseren Schutz der Persönlichkeit von betroffenen Personen.

Für die Ungültigkeitserklärung ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder nötig. In diesem Fall sind es 103 Stimmen. Der *Rat* stimmt der Ungültigkeitserklärung deutlich zu.

### Wahlverfahren für den Regierungsrat

In einer Einzelinitiative schlägt der Stimmbürger *Serjoscha Wiederkehr* (Kloten) vor, den Regierungsrat künftig nach dem Verhältniswahlverfahren (Proporzwahl) zu wählen. Dies würde bedeuten, dass Regierungsratsmitglieder nicht mehr primär als Person, sondern nach dem System von Parteilisten gewählt würden, wie dies heute bei Parlamentariern die Regel ist. Bei einem Ausscheiden während der Amtszeit würde der Nächstplacierte nachrücken. Der Einzelinitiant begründet seinen Vorstoss damit, dass damit nicht mehr persönliche, sondern parteipolitische Kriterien im Wahlkampf thematisiert würden. Zudem könnten auf diese Weise Ersatzwahlen verhindert werden, was Kosten spart. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Serjoscha Wiederkehr* erläutert seine Initiative im Rat. Er verweist auf die Ersatzwahl nach dem Rücktritt des ehemaligen Finanzdirektors Christian Huber. Die Ersatzwahl hat für die Parteien hohe Kosten verursacht. Der Proporzwahl entspricht mehr meinem Verständnis für Demokratie. Sie gibt auch kleinen Parteien bei Exekutivwahlen eine Chance.

*Anna Maria Riedi* (sp., Zürich) gibt bekannt, dass die SP die Einzelinitiative unterstützt. Der Kanton Tessin hat dieses System seit 1893 und der Kanton Zug seit 1894. Die SP hat sich immer konsequent für den Proporz eingesetzt. Jetzt können wir feststellen, ob die Einwände gegen den Proporz wirklich stichfest sind oder ob es den Parteien nur um Besitzstandswahrung geht. *Esther Hildebrand* (gp., Illnau-Effretikon) erklärt, dass es die Personen sind, die Politik machen. Die Parteien sind nur die Gefässe. Wollen wir von Gefässen regiert werden? Was ist, wenn eine Partei nicht genügend geeignete Personen findet, um ihre Sitze zu besetzen? Zudem werden die kleinen Parteien wieder aus der Regierung gedrängt. Damit würden in der Regierung mehr Extrempositionen vertreten. *Heinz Jauch* (evp., Dübendorf) erinnert an verschiedene gescheiterte Versuche, auf der Ebene der Kantonsregierung die Proporzwahl einzurichten. *Susanne Bernasconi* (fdp., Zürich) findet, dass der Proporz den Wählerwillen verfälscht. Bei Proporzwahlen könnten nämlich Personen in den Regierungsrat gewählt werden, die weniger Stimmen erhalten haben als Nichtgewählte. Zudem kann bei einem Verzicht aller nachrückenden Kandidaten die betreffende Partei ohne Wahl eine Person aus ihren Reihen bestimmen. Bei Exekutivmitgliedern ist eine breite Akzeptanz wichtig, und diese wird bei der Majorzwahl manifest.

Auf die vorläufige Unterstützung der Initiative entfallen 94 Stimmen. Nötig sind mindestens 60. Die vorläufige Unterstützung ist somit zustande gekommen.

### Keine Änderung des Steuerrechts

In einer Einzelinitiative fordert der Stimmbürger *Kurt Oehler* (Illnau) eine Änderung des Steuergesetzes. Demnach dürfen in Zukunft nur noch definitiv erworbene und erhaltene Einkünfte ohne Rückgabepflicht besteuert werden. Der Einzelinitiant bezieht sich auf die verschiedenen umstrittenen Fälle von Steuerpflichtigen, die Geld bei einem Vermögensverwalter angelegt hatten und es verloren hatten. Der betrügerische Vermögensverwalter wies allerdings monatlich Gewinne aus, die

nicht stattgefunden haben. Dennoch wurden die Gewinne besteuert. Gutschriften, die nicht realisiert werden können, dürfen laut dem Initianten ebenso wenig besteuert werden wie rückzahlbare Erträge. Eine Einkunft ist nur dann realisiert, wenn der Steuerpflichtige sie definitiv behalten darf. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden.

Auf die vorläufige Unterstützung der Initiative entfällt eine Stimme. Nötig sind 60 Stimmen. Das Geschäft ist damit erledigt.

### Keine Proporzwahl in den Gemeinden

In einer Einzelinitiative verlangt der Stimmbürger *Matthias Schwank* (Bülach), das Verhältniswahlverfahren (Proporzwahl) für die Exekutive in den Gemeinden gesetzlich zu ermöglichen. Der Einzelinitiant begründet seinen Vorstoss damit, dass die Proporzwahl zu einer Sitzverteilung in der Exekutive führen würde, die mehr der Wählerstärke der einzelnen Parteien entsprechen würde. Die Chancen kleinerer Parteien auf eine Regierungsbeteiligung stiegen, zudem würden zweite Wahlgänge und Nachwahlen wegfallen. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Matthias Schwank* erläutert seine Einzelinitiative im Rat. Die Majorzwahl begünstigt vor allem die Kandidierenden der grossen Parteien und schliesst die kleineren Gruppierungen aus. Der Proporz hingegen bildet den Wählerwillen genauer ab. Die Gemeindereregierungen wären etwa nach Stärke der Ortsparteien zusammengesetzt. In vielen Gemeinden gibt es kaum noch Ortsparteien, und ein Grossteil der Exekutivmitglieder sind parteilos. Der Proporz würde die Ortsparteien stärken. In vielen Gemeinden wie Zug Baar, Bellinzona oder Solothurn wird dieses Verfahren angewendet. Im Kanton Zürich soll jede Gemeinde die Wahl haben, welches Verfahren sie anwenden will. Acht Kantone machen dies heute auf diese Weise.

*Claudio Schmid* (svp., Bülach) begrüsst den Vorstoss. Majorzwahlen schwächen die Ortsparteien, weil Einzelpersonen grosse Chancen haben, gewählt zu werden. Die SVP unterstützt die Einzelinitiative. *Matthias Gfeller* (gp., Winterthur) sieht einige Vorteile der Proporzwahl, dennoch haben sich die Grünen knapp gegen eine vorläufige Unterstützung entschieden. Auch Parteilose sollen eine Wahlchance haben. Sie eignen sich als Exekutivmitglieder ebenso gut wie Parteimitglieder. *Anna Maria Riedi* (sp., Zürich) erklärt, dass die SP die Initiative nicht unterstützt. Bei Parlamentsgemeinden ist die Proporzwahl wünschenswert, bei kleinen Gemeinden nicht. Zudem wollen wir keine Wahlfreiheit im Kanton, sondern ein einheitliches Verfahren. *Patrick Hächler* (cvp., Gossau) erklärt, dass sich viele Leute in Gemeinden nicht parteipolitisch motivieren lassen. Der Majorz hat sich in den Gemeinden bewährt. *Susanne Bernasconi* (fdp., Zürich) findet, dass die Persönlichkeitswahl in Gemeinden noch von grösserer Bedeutung ist als im Kanton. Hier kennt man die Leute. *Heinz Jauch* (evp., Dübendorf) stört es nicht, dass in vielen Gemeinden Personen in die Exekutive gewählt werden, die in keiner Ortspartei Mitglied sind.

Auf die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative entfallen 44 Stimmen. Nötig sind 60 Stimmen. Das Geschäft ist damit erledigt.

### Briefliches Abstimmen bleibt portofrei

In einer Behördeninitiative fordert der Gemeinderat *Gossau*, dass die im neuen Gesetz über die politischen Rechte festgeschriebene Bestimmung von portofreien Antwortkuverts für das briefliche Wählen und Abstimmen wieder gestrichen wird. Wer brieflich abstimmen oder wählen will, soll demnach die Kosten für die Briefmarken selber bezahlen. Der Gemeinderat begründet den Vorstoss damit, dass der Kanton seit Jahren Leistungen bestimmt, die schliesslich von den Gemeinden bezahlt werden müssten. Die Kosten für portofreie Antwortkuverts belasten die Gemeinde Gossau mit jährlich 10 000 bis 20 000 Franken. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) ist erstaunt, dass hier eine Gemeinde renitent ist. *Matthias Hauser* (svp., Hünt-

wangen) kritisiert, dass die Gemeinden Leistungen bezahlen müssen, die der Kanton festlegt. Mit dieser Einzelinitiative liessen sich grosse Kosten sparen. Sie ist ein Mahnmal gegen den Gemeindefang. Die SVP hat sich dennoch gegen eine Unterstützung der Initiative ausgesprochen. *Katharina Weibel* (fdp., Seuzach) verweist darauf, dass sich bis jetzt nur vier Gemeinden Überlegungen gegen ein portofreies Antwortkuvert gemacht haben. *Adrian Hug* (cvp., Zürich) erkennt das Problem der Lasten der Gemeinden. Dieses müsste aber anderweitig gelöst werden. *Ueli Annen* (sp., Illnau-Effretikon) erklärt, dass eine Abschaffung der portofreien Kuverts grossen Aufwand mit sich brächte.

Auf die vorläufige Unterstützung der Behördeninitiative entfällt keine Stimme. Das Geschäft ist erledigt.

### Kantonsrat wird nicht verkleinert

In einer Einzelinitiative verlangt die Stimmbürgerin *Verena Casagrande* (Kilchberg) eine Verkleinerung des Kantonsrats von heute 180 auf 100 Mitglieder. Die Einzelinitiantin begründet den Vorstoss mit finanziellen Einsparungen. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) hat Verständnis für den Vorstoss. Man kann sich durchaus überlegen, ob ein kleinerer Rat nicht ebenso gute Arbeit machen würde. Bei einer Reduktion der Mitgliederzahl könnten aber gewisse heutige Wahlkreise nur noch zwei Kandidierende stellen. Der nötige Wähleranteil wäre sehr hoch und würde die kleineren Parteien benachteiligen. *Thomas Vogel* (fdp., Illnau-Effretikon) findet, dass der Kantonsrat Zürich gemessen an der Bevölkerung nicht übermässig gross ist. Die Fülle der Aufgaben bliebe bei einer Verkleinerung gleich, müsste aber auf weniger Schultern verteilt werden. Die Ratsmitglieder würden mehr arbeiten, und die Kosten würden darum nicht wesentlich gesenkt. Zudem wäre die Miliztauglichkeit des Parlaments in Gefahr. *Ernst Meyer* (svp., Andelfingen) schliesst sich diesen Worten an. *Thomas Maier* (glp., Dübendorf) glaubt nicht an eine Effizienzsteigerung und tiefere Kosten bei einer Verkleinerung des Rats. *Richard Hirt* (cvp., Fällanden) gibt die ablehnende Haltung der CVP bekannt. Für *Barbara Bussmann* (sp., Volketswil) wäre es sinnvoll, eine Verkleinerung zu prüfen. Doch sollte bei einer Verkleinerung die Belastung grösser werden, müssten die Ratsmitglieder höher entschädigt werden. Die Zahl 100 ist zufällig gewählt. Darum sind wir gegen die Initiative.

Auf die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative entfällt eine Stimme. Nötig sind 60 Stimmen. Das Geschäft ist damit erledigt.

### Kein Motodrom auf Flugplatz Dübendorf

In einer Einzelinitiative schlägt der Stimmbürger *Sandro Bassola* (Zürich) vor, dass der vor der Schliessung stehende Militärflugplatz Dübendorf in ein Motodrom umgebaut werden soll. Darunter ist eine Anlage zu verstehen, auf der Auto- und Motorradfahrer ohne Tempolimits ihre – wie der Initiant schreibt – «sportlichen Fahrgelüste ausleben und perfektionieren können». Damit soll ein Beitrag geleistet werden, dass solche Betätigungen nicht gefährdend im Strassenverkehr stattfinden. Neben freiem Fahren sollen Fahrtrainings und Ausstellungen rund ums Auto und ums Motorrad stattfinden. Zudem ist ein Motodrom nach Ansicht des Initianten auch wirtschaftlich interessant. Der *Rat* hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Peter Anderegg* (sp., Dübendorf) verweist auf andere Projekte für das Gelände des Militärflugplatzes. Ein Motodrom ist keine Chance, sondern würde die Entwicklung der umliegenden Gemeinden behindern. *Katharina Prelicz-Huber* (gp., Zürich) hält ein Motodrom für einen ökologischen Blödsinn. Dieses Bedürfnis muss der Kanton nicht befriedigen.

Auf die vorläufige Unterstützung der Initiative entfallen zwei Stimmen. Das Geschäft ist damit erledigt.

### Finanzierung des Agglomerationsverkehrs

In einer parlamentarischen Initiative verlangt *Ruedi Lais* (sp., Wallisellen), dass der Kanton Zürich beim Bund eine Standesinitiative für eine gezielte Unterstützung einer Verkehrspolitik in den Städten und Agglomerationen einreichen soll. Diese Unterstützung soll

laut dem Initiativtext die Finanzierung von Infrastrukturen von öffentlichem und privatem Verkehr sowie die Finanzierung von Programmen zur Verbesserung des Verkehrsablaufs und der Verkehrstrennung enthalten. Der Rat hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Ruedi Lais* (sp., Wallisellen) verweist darauf, dass mit der Vorlage des neuen Finanzausgleichs des Bundes die Zweckbindung der Treibstoffzölle gelockert worden ist. Wir wollen, dass ein Grossteil der Treibstoffzölle für langfristige Verkehrsprojekte in den Agglomerationen verwendet wird. *Heinrich Frei* (svp., Kloten) findet, dass die Initiative in eine falsche Richtung zielt. Die Treibstoffzölle dürfen nicht weiter zweckentfremdet werden. *Carmen Walker* (fdp., Zürich) hält fest, dass der Kanton Zürich einer der grössten Nettozahler sei. Er darf darum auch Forderungen stellen. Mit den bundesrätlichen Vorschlägen eines Dringlichkeits- und eines Infrastrukturfonds sind Diskussionsgrundlagen vorhanden. Wir werden die Initiative darum vorläufig unterstützen. *Jürg Stünzi* (gp., Küssnacht) bittet ebenfalls um vorläufige Unterstützung. *Willy Germann* (cvp., Winterthur) erklärt, dass der Kanton für die Lösung der Verkehrsprobleme die Hilfe des Bundes benötigt. *Gerhard Fischer* (evp., Bäretswil) ruft zu einem geschlossenen Auftreten in Bern auf.

Auf die vorläufige Unterstützung der Initiative entfallen 100 Stimmen. Nötig sind 60 Stimmen. Die vorläufige Unterstützung ist damit zustande gekommen.

### «Stiftung Zukunft Zürich»

In einer parlamentarischen Initiative fordert *Karin Maeder-Zuberbühler* (sp., Rüti) die gesetzliche Grundlage für die Gründung einer «Stiftung Zukunft Zürich». Die Stiftung soll innovative Projekte von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen im Bereich der Bildung und Forschung sowie der Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung unterstützen. Sie soll auch Projekte unterstützen, die den Technologietransfer von der Forschung zur Wirtschaft verstärken. Die Idee wurde im Jahr 2000 bereits im Rat diskutiert, und ein entsprechender Vorstoss wurde überwiesen. Die Gründung scheiterte hernach aber an deren Finanzierung. Nach dem neuen Vorschlag soll die Stiftung nun mit 300 Millionen Franken aus dem Zürcher Anteil am Erlös der verkauften überschüssigen Goldreserven der Nationalbank ausgestattet werden. Personen und Unternehmen können sich am Stiftungskapital beteiligen. Der Rat hat über die vorläufige Unterstützung der Initiative zu entscheiden. *Karin Maeder-Zuberbühler* (sp., Rüti) hält fest, dass ein Teil des Erlöses aus dem Nationalbankgold nachhaltig in die Zukunft investiert werden muss. Bildung ist Gold wert. Wir müssen einen Teil des Erlöses vor den Steuersenkungen der SVP in Sicherheit bringen. *Lucius Dürr* (cvp., Zürich) findet die Idee der Stiftung immer noch gut. Wir halten aber die Finanzierung nicht für realisierbar. Angesichts des Schuldenbergs müssen wir das Geld aus dem Nationalbankgold für die Schuldentilgung verwenden. *Claudio Zanetti* (svp., Zollikon) hält das Finanzgebaren der SP für schädlich. Wenn wir so weitermachen, dann hinterlassen wir unseren Nachkommen nur Schulden. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) gibt die Zustimmung der Grünen bekannt. Schuldentilgung hat nichts mit Zukunftsperspektive zu tun. Die Stiftung gäbe frischen Wind in den Kanton. *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) erklärt, dass sich über die Stiftung diskutieren liesse. Es wäre aber sinnvoll, wenn diese Stiftung zum grössten Teil privat finanziert würde. Wir müssen dafür sorgen, dass mit dem knappen Geld die ordentlichen Aufgaben des Staates finanziert werden können. *Elisabeth Derisiotis* (sp., Zollikon) erklärt, dass die Stiftung dort unterstützend wirken soll, wo die staatlichen Finanzen nicht reichen. So soll beispielsweise die Chancengleichheit in der Weiterbildung unterstützt werden. *Johannes Zollinger* (evp., Wädenswil) hat eine gewisse Sympathie für die Stiftung. Es fragt sich aber, ob für die angestrebten Ziele der Stiftung neue Strukturen geschaffen werden müssen. *Ernst Züst* (svp., Horgen) sieht die SP in einem Goldrausch. Der operative Verlust des Kantons in diesem Jahr beträgt voraussichtlich 600 bis 700 Millionen Franken. Für Innovation in Bildung und Forschung haben wir leis-

tungsfähige Hochschulen auf dem Platz Zürich. Zudem würde ein Teil des Geldes durch die Bürokratie der Stiftung verbraucht. *Esther Guyer* (gp., Zürich) hat kein Vertrauen in die bürgerliche Mehrheit, dass diese etwas Kreatives mit dem Geld aus dem Nationalbankgold macht.

Auf die vorläufige Unterstützung der Initiative entfallen 61 Stimmen. Nötig sind 60 Stimmen. Die Unterstützung ist damit zustande gekommen.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr 40.

Nächste Sitzung: Montag, 19. September, 8 Uhr 15.